Antrag
des
Sozial-Ausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Erber, MBA, Punz, BA, Krumböck, BA und Handler betreffend Verwaltungsvereinfachung und bundesweite Harmonisierung der Entgelterhöhung für Pflege- und Betreuungspersonal sowie der Pflegeausbildungsförderungen

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, und

1. sich dafür einzusetzen, dass die Abwicklung der Entgelterhöhung durch den Bund selbst erfolgen und aus dem Pflegefonds herausgelöst werden soll und auf die verpflichtende Datenerhebung nach dem Pflegefondsgesetz verzichtet und stattdessen die Entgelterhöhungen direkt in den Tarifen von Pflege- und Behindertenhilfeeinrichtungen verankert werden soll, um eine nachhaltige und administrativ einfachere Lösung zu schaffen;
2. sich dafür einzusetzen, dass eine zentrale Förderstelle auf Bundesebene etabliert wird, die bundesweit einheitlich die Pflegeausbildungsförderungen verwaltet und auf Bundesebene Maßnahmen ergriffen werden um die Pflegeausbildungsdatenbank mit AMS-Daten und Bildungsstatistiken zu verknüpfen, damit eine umfassende Evaluierung der Fördermaßnahmen erfolgen kann, um redundante Datenerhebungen auf Landesebene zu reduzieren und eine bessere statistische Grundlage für zukünftige Maßnahmen zu schaffen.“

Krumböck, BA
Berichterstatte

Erber, MBA
Obmann